Pressemitteilung 15. Juni 2024

**Stellungnahme des Landesverbandes Niedersachsen der Partei dieBasis zur Energiewende**

Im Februar 2024 veranstaltete dieBasis Niedersachsen eine weitere Fachtagung innerhalb ihrer Reihe „dieBasis im Diskurs“. Diesmal ging es um das **Schwerpunktthema Windenergie** und Netzausbau. **Ergebnisse dieses Aktionstages und die hieraus von uns abgeleiteten Positionen, sowie unsere zentralen Forderungen zu diesem Thema lauten:**

Vorab Informationen zum Aktionstag selbst: Nach der Besichtigung einer Biogas-Anlage in Hoya und dem öffentlich einsehbaren Teil diverser Windrad-Projekte und TenneT-Baustellen der Trasse Stade-Landesbergen folgten Vorträge zum Thema Energiepolitik im CaHeu in Schweringen. Diese Aufzeichnungen finden Sie in der Rückschau auch auf unserer Website: https://diebasis-niedersachsen.de/topic/energietagung-windkraft/
In der anschließenden Diskussion positionierten sich die Teilnehmer prinzipiell positiv den regenerativen Energien im ländlichen Raum gegenüber, hielten aber auch fest, dass eine Energiewende nur unter anderen Rahmenbedingungen gelingen kann.

Insbesondere wurde die Fülle der derzeitigen Regelungen und Subventionen bemängelt, dass durch den massiven Netzausbau der Preis für die Stromversorgung noch weiter ansteigt und dass zudem die Versorgungssicherheit in Gefahr gerät. Das maßgebliche Gesetz, das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) ist in den letzten Jahren von 8 auf 150 Seiten aufgebläht worden.

dieBasis Niedersachsen fordert daher eine Rückbesinnung auf das alte Zieldreieck von Preis, Versorgungssicherheit und Umwelt (siehe Abb. weiter unten), welches in den letzten Jahren völlig einseitig auf einen kleinen Teilaspekt der Umwelt, den Klimaschutz reduziert wurde. Zudem fordern wir mehr Technologieoffenheit, da die derzeitige Festlegung auf Sonne, Wind und Gas keinen Raum für zukünftige Technologien (z.B. Kernfusion oder Dual Fluid Reaktor) offenlässt.

Die Forderungen werden unter anderen so begründet:

1. Drohende Deindustrialisierung Deutschlands

Die Energiewende, die „nur eine Kugel Eis“ kosten sollte, hat Deutschland die höchsten Strompreise weltweit beschert. Während der Haushaltskunde im privaten Bereich „sparsam“ sein kann, ist dies in der Industrie kaum möglich. Gerade die Grundstoffindustrien (Metallurgie, Chemie, Zement) haben hier ein Problem, da sie einerseits für ihre thermischen Prozesse aufgrund physikalisch-chemischer Gesetze eine bestimmte Energiemenge brauchen, andererseits aber wenig differenzierte Produkte herstellen, die am Weltmarkt preissensitiv sind. Diese Industrie droht in großem Stil abzuwandern.

1. Drohender Verlust der Versorgungssicherheit

Sonne und Wind sind zwar kalkulatorisch preiswert, stehen aber nicht immer zur Verfügung. Der fluktuierende Strom braucht als Reserve sogenannte Schatten-Kraftwerke, die mitunter nur wenige Stunden arbeiten müssen und für sich gesehen unwirtschaftlich sind. Die Investitionen laufen hier nur schleppend. Dazu informiert der Betreiber der besichtigten Biogasanlage, dass auch diese nur mit Hilfe staatlicher Subventionen wirtschaftlich zu betreiben sei. Hinzu kommt, dass durch den Ausstieg aus Atom und Kohle immer mehr gesicherte Kraftwerksleistung verlorengeht. Mit noch mehr Wind und noch weniger fossilen Kraftwerken lässt sich die Lastkurve des Tagesgangs immer schwieriger abbilden (s. Abb.2). Dazu kommt das Transportproblem, wenn z.B. für den Windstrom aus dem Norden in den Süden nicht genügend Leitungen zur Verfügung stehen.

1. Umweltschäden

Die Sichtweise, dass durch den Ersatz von fossilen Kraftwerken durch Windräder nun alle Umweltprobleme behoben sind, geht nur dann auf, wenn man sich einseitig auf CO2-Emissionen fokussiert. Dabei wird übersehen, dass der Bau von Windrädern eine ungleich größere Flächenbelastung bedeutet. Breite Schneisen werden in Wälder geschlagen und mitunter 7000 t Beton in das Fundament gegossen. Ungeklärt ist auch die direkte klimatische Auswirkung von zigtausenden Windrädern, die der Luft Strömungsenergie entnehmen und damit den Luftaustausch verlangsamen. Wie stark dadurch der Feuchtetransport von der See ins Binnenland abgeschwächt wird, wurde noch nicht eindeutig geklärt. Der Verlust und die Beeinträchtigung von Lebensraum für viele Tierarten, vor allem Vögel und Fledermäuse, wird zu wenig beachtet, genauso wie die Umwandlung des ländlichen Raumes in weit sichtbare Industrieanlagen.

1. Keine Technologieoffenheit und starres planwirtschaftliches Handeln

Die Festlegung auf Wind und Sonne als Hauptenergieträger kommt industriellen Windkraftanlagenherstellern, die sich hier etabliert haben, sehr gelegen. Dabei werden die Geburtsfehler der Energiewende mit immer weiteren Subventionen kompensiert: Nach EEG-Einspeisevergütung werden nun E-Mobilität und Speichertechnologien gefördert, allen voran der Wasserstoff. Die Sinnhaftigkeit von staatlich finanzierten Projekten wird selten kritisch hinterfragt. Dadurch wird vor allem das gemacht, was die Regierung fördert. Ein Weg in die Planwirtschaft.

**Unser FAZIT:**

Auf die Frage nach regenerativer- oder fossiler/Atomenergie lautet die Antwort nicht: entweder – oder, sondern sowohl als auch. Länder wie China machen es uns vor: Neben einem enormen Ausbau von Sonne und Wind werden ebenfalls Kohle- und Kernkraftwerke gebaut. Ein 50:50 Mix lässt sich realisieren. Mehr wird schwierig.

|  |  |
| --- | --- |
| Ein Bild, das Kreis, Diagramm, Schrift, Design enthält.  Automatisch generierte Beschreibung | Abb.: Das klassische Zieldreieck der Energieversorgung. Die drei Aspekte Preis, Umwelt und Versorgungssicherheit müssen alle gleichermaßen berücksichtigt werden. Eine Energiewende, die Klimaneutralität verspricht, aber gleichzeitig Preis und Versorgungssicherheit außer Acht lässt, wird scheitern. |

**Weitere Informationen zu unseren Positionen in Bezug auf Natur- und Klimaschutz sowie zu regenerativen Energien finden Sie in unserem EU-Wahl-Programm 2024, das im Vorfeld kürzlich bundesweit unter den Mitgliedern konsensiert (d.h. abgestimmt) wurde:**

<https://diebasis-partei.de/wp-content/uploads/2024/06/dieBasis_Wahlprogramm_fuer_die_EU_Wahl_2024_final.pdf>

**Weitere Informationen und Presseanfragen:**

Basisdemokratische Partei Deutschland, Landesverband Niedersachsen

E-Mail: presseabteilung@diebasis-nds.de

Telefon: 0511 80 90 79 22 – 0

**Basisdemokratische Partei Deutschland - dieBasis**

Die Partei dieBasis zählt aktuell rund 22.000 Mitglieder und nahm seit ihrer Gründung am 4. Juli 2020 im hessischen Kirchheim an zehn Landtagswahlen, vier Kommunalwahlen sowie der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag teil. Auch zur Wahl des Europäischen Parlaments wird sie antreten. dieBasis lehnt jede Form von Extremismus ab und hat sich aus der Mitte der Gesellschaft, die für ihre Freiheitsrechte eintritt, gegründet. Werte wie Respekt und Begegnung auf Augenhöhe werden u. a. durch die drei Säulen Freiheit, Machtbegrenzung und Achtsamkeit symbolisiert. Der große Wunsch nach basisdemokratischer Politik, die im freien und achtsamen Zusammenwirken die menschlichsten und nachhaltigsten Lösungen findet, wird vor allem durch die vierte Säule Schwarmintelligenz zum Ausdruck gebracht.

*(784 Zeichen)*